Bozialdemokratischer Pressedienst

herausgeber und Chefrebalieur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Donhoff 4196/4198



Anschrift für Berlag und Schriftleitung: Bertin S28 61, Belle-Alliance-Platz 3 Drahtanschrift: Sopadienst

Die herstellung erfolgt im Gelbstverlag. Der Albbrud ift nur auf Grund beseuderer Bereinderung gestelle. Allabigung beiberseits 4 Bachen vor dem Quarisisersten, wenn nichts anderes versindert ift. Erfellungsort für beibe Kelle ift Berlin.

Berlin, den 28 . Ceptember 1929

Streichholzmonopol ?

Int. Inciltuat **306.** Geschladenis Amsterdam

(Ivan Kreuger bietet 600 Millionen Mark.)

SPD. Der schwedische Zündholztrust hat sich bereit erklärt, wie am Sonnabend von zuständiger Stelle zugegeben wurde, dem deutschen Reich einen Kredit in Höhe von 600 Millionen Mark einzuräumen. Dafür soll das Reich dem Trust die Monopolisierung der deutschen Zündholzindustrie und eine entsprechende Einflussnahme auf die Preisbildung zugestehen. Ivan Kreuger, der Leiter des schwedischen Zündholztrusts, soll sich auch bereits auf dem Wege nach Berlin befinden, um über sein Angebot zu verhandeln. Federführend in der ganzen Angelegenheit ist das Reichswirtschaftsministerium.

Wenn man den Namen Ivan Kreuger hört, denkt man immer zuerst an den Zündholztrust, den dieser Mann in überraschend kurzer Zeit zu einem Weltunternehmen mit einem Milliardenkapital ausgebaut hat. Man vergisst in der Regel, dassädieser Ivan Kreuger auch auf anderen Gebieten tätig ist. Er beherrscht nicht nur ein gut Teil der Kugellagerfabrikation der Welt - diese z.B. in Deutschland durch die vor kurzem zusammengelegte Vereinigte Kugellager-Fabriken A.-G. mit einem Aktienkapital von 40 Millionen Mark -, sondern auch den wichtigen schwedischen Erzbergbau (Grängesberg), über den sich zwischen Kreuger und der deutschen Schwerindustrie besondere, vor allem persönliche Verbindungen ergeben. Haupttätigkeitsfeld Kreugers ist aber die Finanzierung. Seine Machtposition ist nicht das, was man immer Schwedentrust nennt, mit seinen Zündholzmonopolen und Zündholzunternehmungen in mehr als einem Dutzend Ländern. Seine Machtpösitionen bilden zwei ausgesprochene Finanzierungsgesellschaften, von denen die eine (N.V. Financieel Maatschappij Kreuger u. Toll) sich auf den englisch-holländischen Markt und die andere (Swedish American Investment Corporation) auf nordamerikanisches Kapital stützt. Im Rahmen dieser Bestrebungen hat Kreuger in Deutschland Anlehnung an eine Reihe von Finanzinstituten gefunden, zu denen merkwürdigerweise deutschnationale Abgeordnete mit Namen in Beziehung standen und wohl auch heute noch stehen. Dieser Ivan Kreuger ist also einer der grössten Finanziers der Nachkriegszeit, der mit Ländern und Regierungen Geldgeschäfte macht. Auch bei seinen deutschen Plänen dürfte wohl die Riesenanleihe die Hauptsache sein. Kreuger soll sie, gemessen an dem gegenwärtigen Zinsstand, zu mässigen Vergütungen anbieten. Dafür verlangt er aber das deutsche Zündholz monopol bezw., was ausschlaggebend ist, das <u>Preisdiktat für Zündhölzer</u>. Seine Anleihe wird aber gerade dadurch teuer. Ivan Kreuger versucht, das jetzt in Deutschland zu machen, was ihm 1924/25 nicht gelungen ist, was er aber in anderen Ländern, z.B. in Polen, Ungarn, Rumänien, Lettland, Griechenland, Frankreich usw. durchzuführen vermochte.

Kreuger hat frühzeitig in der deutschen Zündholzindustrie Fuss gefasst und zwar waren ihm die deutschen Industriellen dabei sehr behilflich. Es gab eine Zeit; wo sich die deutschen Zündholzfabriken unter die Fittiche des Schweden-trusts drängten. Man war froh, bei Ivan Kreuger unterzukommen. Der Schweden-

trust, bald im Besitz von 70 % der Produktion, nutzte dann die Krise in der deutschen Zundholzindustrie aus, um zu einem Zündholzsyndikat (Deutsche Zündholzverkaufs .-G.) zu kommen. Dieses ist so konstruiert, dass das Reich bezw. Reichswirtschaftsministerium eine Preiskontrolle hat. Das Syndikat brachte, indem es zwischen Gebrauchs- und Luxushölzern unterschied, wohl die Möglichkeit der Preissteigerung. Der Schwedentrust konnte sie aber nicht ausnutzen, weil die höheren Preise und die damit verbundenen höheren Gewinne Aussenseiter anlockten. Der grösste Aussenseiter ist die sowjetrussische Zündholzindustrie, die vorwiegend ihre Waren an den deutschen Einzelhandel absetzt. Mit der sowjet russischen Konkurrenz will man anscheinend auch im Reichswirtschaftsministerium die Notwendigkeit des Monopolis in Deutschland begründen. Diese Argumentation ist nicht stichhaltig. Die unlautere Konkurrenz der Russen hat das deutsche Zündholzsyndikat vor einigen Tagen durch eine einstweilige Verfügung eines Berliner Landgerichts gegen die russische Handelsvertretung unterbunden. Andererseits durfte das russische Zundholzdumping selbst nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Die deutsche Zündholzindustrie ist nämlich gegen die ausländische Konkurrenz durch einen Schutzzoll in Höhe von 50 Mark pro 100 kg geschützt. Jede Kiste Streichhölzer azs Russland, die über die Grenze geht, ist also, wenn man neben dem Zoll Zündwarensteuer Fracht und Spesen berücksichtigt, mit 135 Mark vorbelastet. In Deutschland schwankt der Preis für diese Kiste nun ungefähr um 190 Mark. Dem russischen Zündholzsyndikat, das die sowjetrussischen Streichhälzer nach Deutschland importiert, verbleibt demnach eine Nette einnahme von 55 Mark pro Kiste. Für diesen Preis kann man auch bei den tiefstehenden russischen Löhnen keine Zündhölzer auf die Dauer produzieren. Das russische Streichholzdumping dient der Devisenbeschaffung. Es wird nicht ewig dauern, zumindesten kann man es nicht zum Ausgangspunkt weittragender Massnahmen wie der Überführung der deutschen Zündholzindustrie in ein Privatmonopol macher

Tut man es doch, so legt man der deutschen Bevölkerung eine besondere Zünd holzsteuer auf. Denn etwas anderes bedeutet die Preissteigerung nicht, die der Schwedentrust ohne weiteres vollziehen wird, wenn er mit Hilfe des Monopols. die Aussenseiter ausschaltet. Es entsteht hier die Frage, ob das Reich anderweitig und zu besseren Bedingungen keine Anleihe bekommen kann, und die andere Frage, ob das Reich so dringlich auf Auslandsanleihen angewiesen ist, dass es dem Kreugerschen Angebot nähertreten muss. Die Dringlichkeit und die Anleiheaufnahme auf jedenFall ist zu verneinen, wenn für die Sanierung der Reichskassenverhältnisse die Erleichterungen im Ausmass von 600 bis 700 Millionen Mark aus dem Youngplan zur Verfügung stehen. Benutzt man aber diese Erleichterungen, wie es die Industriellen wollen, für eine Steuersenkung, dann muss sich das Reich nach einer Anleihe umsehen. Es könnte unseren Industriellen schon passen, wenn das Kreugersche Angebot irgendwie zur Annahme kommt. Mit der deutschen Zündholzindustrie verschenken sie nämlich nichts, weil ihnen sozusagen nichts: mehr, von dieser Industrie gehört. Sie wälzen aber in Form einer Preiserhöhung für Zündhölzer die Kosten der Aktion auf die breiten Massen ab. Deshalb darf das Kreugersche Angebot nicht in Frage kommen. Die Erleichterungen aus dem Youngplan sind in erster Linie für die Sanierung der Reichsfinanzen da und nicht für Liebesgaben an eine Industrie, die wichtige Hoheitsrechte ans Ausland verschachern möchte.

SPD. Paris, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

{

Offiziell wird mitgeteilt, dass die deutsch-französischen Saarverhandlungen bereits am 16.0ktober beginnen werden. Die Ernennung des Generalinspektors der Gruben, Arthur Fontaine zum Vorsitzenden der französischen Delegation wird bestätigt.

SPD. Freiberg, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

Im Freiberger Landfriedensbruch-Prozess beantragte der Staatsanwalt am Sonnabend gegen den Haupträdelsführer Möller 1 Jahr Gefängnis, gegen 2 Angeklagte je 9 Monate, gegen einen Angeklagten 6 Monate und zwei Wochen und gegen die übrigen je 7 Monate Gefängnis. Das Urteil wird am Montag Mittag gegen 1 Uhr verkündet.

In seinem Plädoyer führte der Staatsanwalt aus, dass die öffentliche zu sammengerottete Menge mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt habe. Wenn Weiterungen vermieden worden seien, so liege dies nur an der Zurückhaltung und Besonnenheit der Polizeibeamten. Der Leitung des Landbundes müsse der Vorwurf gemacht werden, das Verbot des Betretens des Finan amtes nicht bekannt gegeben gegeben zu haben, obwohl dazu reichlich Zeit gewesen wäre. Wäre das geschehen – so fuhr der Staatsanwalt fort – ich glaube, es wäre vieles anders geworden. Weiter wurde der Tatbestand des schweren Hausfriedensbruches erfüllt, da die Menge mit Gewalt in den Hausflur des Finanzamtes, der nach der Rechtsprechung zu dessen Geschäftsräumen gehört, eindrang. Ebenso wurde aber auch der Tatbestand des einfachen und schweren Aufruhfs erfüllt, weil Beamte in der rechtmässigen Ausübung ihres Amtes mit Gewalt gehindert oder ihnen Widerstand bei der Ausführung ihres Amtes geleistet worden ist.

Der Staatsanwalt befasste sich dann mit dem Fall Möller und kam insbesondere auf Grund der eidlichen Aussage eines Polizeioberwachtmeisters Lorenzau der Schlussfolgerung, dass der Gasthofbesitzer Möller sich des schweren Landfriedensbruches, Aufruhrs und Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz schuldig gemacht habe. Ausserdem müsse Möller aber als Rädelsführer angesehen werden. Bei der Strafzumessung müsse das Gericht berücksichtigen, dass Ausschreitungen, wie sie in Freiberg zu verzeichnen gewesen seien, mit schweren Strafen belegt werden müssten.

SPD. Die kommunistische Parteileitung hat den im Zusammenhang mit der Sklarek-Affaire genannten Stadtrat Degner aufgefordert, sein öffentliches Amt Niederzulegen und seine Parteifunktionen ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Um abhängig hiervon wird das von der Partei gegen ihn eingeleitete Untersuchungs-verfahren weitergeleitet. Schliesslich will die KPD von der Nominierung des Stadt verordneten Gaebel zu den bevorstehenden Kommunalwahlen Abstand nehmen. Gaebel wird in Parteikreisen beschuldigt, von den Sklareks "Geschenke angenommen" zu haben.

SPD. München, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

Der Verdacht, dass das geheimnisvolle Ereignis am Königssee auf das Konto des Wiener Goldfüllfederhalterfabrikanten Ernst Winkler zu setzen ist, hat eine

neue Stütze erhalten.

Die Wiener Polizei hat die Münchener Polizeidirektion davon in Kenntnis gesetzt, dass Papier und Prägedruck des merkwürdigen Briefes, der in dem verlassenen Kahn auf dem Königssee gefunden worden ist, in Wien hergestellt worden ist und der Kaufmann Winkler als Briefschreiber in Frage kommt. Über die Gründe, die zu dieser Annahme geführt haben, macht die Wiener Polizei noch keine näheren Angaben, da sie den Aufenthalt Winklers, der sich seit drei Wochen von seiner Wohnung und seinem Geschäft ferngehalten hat, bisher noch nicht auskundschaften konnte. Die Annahme der Polizei stützt sich vielmehr auf ähnliche von Winkler in den letzten Jahren begangene Streiche, mit denen er die Öffentlichkeit auf sich und sein Geschäft aufmerksam machte und die ihn in fortgesetzte Konflikte mit der Polizei und den Gerichten brachten. Um sich populär zu machen, inszenierte Winkler wiederholt geheimnisvolle Verbrechen,

die die Öffentlichkeit wochenlang in Spannung hielten, bis sie sich hinterher äls gewöhnliche kaufmännische Reklametricks entpuppten. So fand man vor einigen Jahren auf der Rak, einem Berg im Sömmering-Gebiet, eines Tages eine schwere eiserne Kassette. Spaziergänger brachten sie zur nächsten Polizeistation, wo sie geöffnet wurde. Sie enthielt nur einen Brief, auf dem sich eine 12 zak-Rige Krone befand. Der Brief hatte zum Inhalt, dass sich der Schreiber Graf Henckel vor Donnersmark in der Nähe umgebracht hätte und dem Finder seiner Leihe die 100 000 Schillings schenken würde, die in seiner Tasche vorhanden seien Es begann damals natürlich ein eifriges Suchen nach der Leiche des Grafen, obgleiche die Familie Donnersmark ein Dementi bekanntgab. Schliesslich bekannte sich Winkler zu diesem Reklametrick. Bald darauf erhielten die Redaktionen der Wiener Zeitungen das Schreiben eines geheimnisvollen Mannes, in dem angekun digt war, dass der unbekannte Schreiber einen Selbstmord an einer bestimmten Stelle an der Donau ausführen werde. Sofort wurden Nachforschungen eingeleitet, die Polizei wurde mobil gemacht und das gesamte Donaugelände abgesucht und beobachtet, ohne dass sich irgendwelche Anzeichen eines Selbstmörders wahrnehmen liessen. Als Winkler schliesslich in Verdacht kam, war er bereits spurlos verschwunden. Man glaubte schon an einen Selbstmord des Goldfüllfederfabrikanten, bis er eines schönen Tages heil und munter wiedererschien und bekannt gab, auch die neue Mystifikation begangen zu haben.

Diese und andere Taten, die Winkler natürlich Gerichtsverurteilungen einbrachten, sind ohne Zweifel in vielen Einzelheiten identisch mit dem Geheimnis

vom Königssee.

Am Sonnabend nachmittag wurde im Fememord-Prozess Eckermann folgendes
Urteil verkündet: "Das Verfahren wird aufgrund des Paragraphen zwei des Gesetzes über die Straffreiheit vom 14. Juli 1928 eingestellt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse."

Landgerichtsdirektor Buschmann führte in der Begründung zu dem Urteil W.a. aus: "Der Angeklagte Eckermann war Offizier der Schwarzen Reichswehr in Schwerin. Mitte Dezember 1923 meldete sich auf dem Büro der Schwarzen Reichswehr der später von dem Feldwebel Bolt ermordete Ehrhardt-Mann Bayer, um in die Schwarze Reichswehr einzutreten. Die Umstände, unter denen er um Aufnahme bat waren sehr verdächtig. Bayer machte über seine Person und seine Vergangenheit falsche Angaben, die geeignet waren, den Angeklagten auf den Gedanken zu bringen, dass Bayer ein französischer Spion sein könnte. Das Schwurgericht konnte jedoch nicht feststellen, dass Bayer tatsächlich ein Spion war. Als unwiderlegt muss trotzdem bezeichnet werden, dass der Angeklagte Eckermann den Bayer doch für einen Spion gehalten hat. Aus dieser Anschauung heraus, hat er den Befehl erteilt, Bayer in der Artillerie-Kaserne in Schwerin festzuhalten. Eckermann hat Bayer später aufgesucht und ihn für seine Zukunft in Sicherheit gewiegt. Das alles hat der Angeklagte getan, weil er von vornherein den Plan gefasst hatte den Bayer beseitigen zu lassen. Am Abend des 15.September 1923 wurde dann der Feldwebel der Schwarzen Reichswehr Bolt mit dem Erschiessen Bayers auf der Feldmark des Dorfes Mecklenburg von Eckermann beauftragt. Öffensichtlich ist für das Schwurgericht, dass Eckermann die Beseitigung des Bayer gewollt hat. Die Tat kann nach Ansicht des Schwurgerichts aber nur als Mittäterschaft angesprochen werden. Es liegt der objektive Tatbestand der gemeinschaftlichen, vorsätzlichen und mit Überlegung ausgeführten Tötung vor. Der subjektive Tatbestand ist jedoch nicht gegeben, wenn der Angeklagte an einen Rechtfertigungsgrund geglaubt hat. Ein solcher Rechtfertigungsgrund ist die Notwehr. Nach der Vorstellung des Angeklagten lag die Sache so, dass durch Bayer ein Angriff auf das Reich und die Landesverteidigung ausgeführt werden könnte. Der Angeklagte Eckermann hat diesen Angriff auf das Reich abwehren wollen. Er hat geglaubt, das Mittel zu Tötung sei erforderlich, um diesen Angriff auch erfolgreich abzuwehren. Dass Eckermann tatsächlich in diesem Glauben gewesen ist, nimmt das Schwurgericht unter Bertaksichtigung der damaligen unruhigen Zeiten an. Aus diesen Erwägungen des Schwurgerichtes ist jedoch nicht zu folgern, dass der Angeklagte freizusprechen war. Das Schwurgericht hat angenommen, dass der Glauben des Angeklagten, dass ein Zustand der Notwehr vorliege auf Fahrlässigkeit beruht hat. Bei richtiger Überlegung musste Eckermann sich sagen, dass die Tötung des Bayer nicht das einzige Mittel sei, um die sen vermeindlichen Angriff auf den Staat und die Landesverteidigung abuuwehren, dass es vielmehr noch andere Mittel gab, um zum Ziele zu kommen. Der Angeklagté Eckermann hätte Bayer solange festhalten können, als es irgend möglich war. An sich ist Eckermann nach Ansicht des Schwurgerichtes der fahrlässigen Tötung schuldig. Nun gewährt das Gesetz vom 14. Juli 1928 Straffreiheit für Taten, die aus politischen Beweggründen begangen sind. Das Verfahren soll nach diesem Gesetz dann eingestellt werden, wenn die Taten vor dem 1.Januar 1928 begangen wurden. Ausgenommen von der Straffreiheit sind nach diesem Gesetz nur Verbrechen gegen das Leben, also Mord und Totschlag, dagegen nicht fahrlässige Tötung. Fahrlässige Tötung, die das Gericht als vorliegend ansieht, fällt vielmehr unter die Amnestie."

Der Haftbefehl gegen Eckermann durde sofort aufgehoben.

Diese Urteilsbegründung steht einzig da in der Geschichte der deutschen Justiz. Sie ist juristisch vollkommen unhaltbar und dient lediglich einem Zwecke, der schon vor der Verhandlung von Eckermann feststand: Den des Mordes Angeklagten trotz des klaren Wortlautes des Amnestiegesetzes, das Verbrechen gegen das Leben ausschliesst, unter die Amnestie zu bringen.

Diese Absicht hat der Oberstaatsanwalt bei der Einleitung des Verfahrens geäussert, das Gericht hat sie ausgeführt. Man hat eine juristische Honstruktion gesucht, um diese Absicht zu rechtfertigen. Man hat allerdings dabei den Sinn so klarer Begriffe wie Notwehr und fahrlässige Tötung künstlich verrenken müssen, um aus der Mittäterschaft am Mord eine fahrlässige Tötung zu machen. Fahrlässige Tötung, weil der Angeklagte geglaubt hat, dass der Mord der Abwehr von gegen die Staatsinteressen gerichteten Bestrebungen diene – das ist eine Konstruktion, die kein Jurist ohne Kopfschütteln lesen kann.

Dass diesem Fememörder nichts geschehen würde, das wusste man. Das Gericht äber hat der Sache der Justiz einen sehr schlechten Dienst erwiesen, als es um der Mecklenburger Rechtsregierung den politischen Akt der Begnadigung dieses Fememörders zu ersparen so künstliche juristische Verrenkungen vorgenommen hat!

SPD. Paris, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)
Die Finanzkommission der französischen Kammer hat sich am Sonnabend mit
der Vorlage für das Budget des Kriegsministeriums befasst. Die Diskussion gab
einen interessanten Vorgeschmack der kommenden Stürme in der französischen
Kammer.

Die Unterhaltungsspesen für die französischen Okkupationstruppen im Rheinland wurden bisher durch ein spezielles Konto bestritten, das durch deutsche Reparationszahlungen, vor allem mit Sachlieferungen gedeckt worden war. In Zukunft werden jedoch die im Laufe der Räumungsoperationen nach Frankreich zurückgezogenen Truppen das Budget des Kriegsministers belasten. Das Kriegsministerium und Finanzministerium haben daher in einem Vorschlag eine Durchschnittsziffer von 20 - 22 000 kunn für die ersten fünf Monate im Jahre 1930 in Anrechnung gebracht, da die Zahl der zurückgezogenen Truppen bis zum 31. Mai, des Datums, an dem die Räumung vollendet sein soll, stetig anwächst. Die entsprechende Mehrbelastung des Heeresbudgets beträgt zunächst etwa 300 Millionen jährlich Mehrere nationalistische Mitglieder der Kommission gaben Erklärungen ab,

dass sie bereit seien, die Mehrausgaben von 300 Millionen, die aus der vorzeitigen Räumung der dritten Zone erwachsen, zu billigen, dass aber diese Zustimmung in keiner Weise ihre prinzipielle Einstellung zu den Haager Beschlüssen, die die vorzeitige Räumung zur Folge haben, präjudizieren. Dieser Vorbehalt wurde auf Verlangen der betreffenden Abgeordneten auch in das offizielle Kom-

muniqué aufgenommen.

Der reaktionäre Abgeordnete Mandel benutzte die Gelegenheit, die angeblich durch die vorzeitige Räumung der dritten Zone heraufbeschworene "Gefahr der Entblössung der französischen Nordwest-Grenze" wieder einmal eingehend zu schildern. Er forderte eine Beschleunigung der für diese Linie vorgesehenen Festungsbauten, oder einen anderen Plan zur schleunigen Sicherung der Grenze. Das um 125 Millionen Franken von der Kommission herabgesetzte Kriegsbudget sei für diese Zwecke ungenügend.

SPD. Bremen, 28.Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend wurde der 16. Verbandstag der Holzarbeiter in Bremen nach Erledigung der Organisationsfragen beendet. Es war der erste Nachkriegs-Verbandstag, der in allen grundsätzlichen Fragen in voller Einmütigkeit verlief. Die kommunistische Opposition im Holzarbeiter-Verband hat gründlich abgewirtschaftet.

Der Verbandsvorsitzende, Fritz Tarnow, bezeichnete den Verbandstag in seinem Schlusswort als eine Kundgebung der Geschlossenheit und Einmütigkeit. Das festzustellen sei umso bemerkenswerter, als Zweidrittel der Delegierten Kollegen aus den Werkstätten seien. Trotzdem bringe die kommunistische Presse bereits Lügenmeldungen, dass Zweidrittel der Delegierten Angestellte des Verbandes wären. Wörtlich fuhr Tarnow fort: "Der deutschen Arbeiterschaft stehen noch schwere Kämpfe innerpolitischer Art bevor. Sie im Interesse der Arbeiterschaft auszufechten, werden die Arbeiter-Organisationen sich einsetzen. Etwas günstiger ist die Lage in der Aussenpolitik, doch auch hier gilt es noch viel zu ändern und viel zu verbessern. In der Wirtschaft bereiten sich gewaltige Veränderungen vor, gekennzeichnet durch die Rationalisierung und die Konzentration des Finanz- und Industriekapitals. Diese Bewegungen erfordern die Aufmerksamkeit und Gegenmassnahme der Arbeiterschaft. Die wirtschaftlichen Umstellungen erleichtern die Vergesellschaftlichung der Produktion, aber sie erschweren sie gleichzeitig dadurch, dass sie die privatwirtschaftliche Macht stärken. An der Arbeiterschaft wird es liegen, den Vergesellschaftlichungs-Prozess stärker zu beeinflussen. Die Arbeiterbewegung wird heute bereits vom Unternehmertum respektiert. Wie stark die Einwirkungen der Arbeiterschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung eingeschätzt werden, sehen wir daraus, dass die Unternehmer die Fragen der Wirtschafts-Demokratie lebhaft diskutieren. Das alles zeigt uns, wie notwendig und wichtig die Einmütigkeit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ist."

Mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband fand der Kongress sein Ende.

SPD. Paris, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)
Auf dem z.Zt. in Rennes tagenden 6.französischen Kongress für Geburtenförderung erklärte der Staatssekretär für Gesundheitswesen, es sei nutzlos
die unbarmherzige Sprache der Statistiken beschönigen zu wollen. Wenn es auch
fin Frankreich keine ausgesprochene Entvölkerung gebe, so halte sich doch die
Zahl der Einwohner konstant, während sie in den Nachbarländern stetig steige.
Vom Stillstand bis zum Rückschritt sei der Weg aber ganz gering.

Aus den gleichzeitig veröffentlichten bevölkerungsstatistischen Daten

geht hervor, dass sich der Geburtenüberschuss im zweiten Trimester 1929 im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres um über 50 Prozent vermindert hat. Der Geburtenüberschuss beträgt in dieser Periode nur noch 9 416 gegenüber 22 001 in der gleichen Zeit des Jahres 1928.

SPD. Karlsruhe, 28.Sept. (Eig.Drahth.)

Der "Ausschuss für wirtschaftliches Bauen" beschäftigte sich am Sonnabenddem letzten Verhandlungstag. - zunächst mit dem Stahlhausbau. Im Verlauf der Debatte wurden von verschiedenen Seiten namentlich hinsichtlich des Rostens,

der Schalldichtigkeit und der Wärmehaltung Bedenken vorgebracht.

Magistrats-Baurat Nosbiskh-Frankfurt/Main referierte über zentral-wirtschaftliche Einrichtungen in neuen Wohnvierteln und Siedlungen. Der Redner verwies darauf, dass zentrale Gemeinschaftsanlagen mit dem Gedanken der modernen Gross-Siedlung eng verknüpft sind. Sie dienten dazu, den sozialen und kulturellen Wünschen der Siedler gerecht zu werden und die Haushaltsführung zu erleichtern bezw. möglichst gesunde Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Zu den kulturellen und sozialen Gemeinschaftsanlagen gehörten Volkshäuser mit Versammlungssälen und Büchereien, Radio-Vermittelungsanlagen, Kindergärten und Horte, Säuglingsheime, usw. Zu den ze tral-wirtschaftlichen Einrichtungen gehörten Zentralheizungen, Zentral-Waschküchen, Zentral-Badeanlagen, Zentral-Küchen. Bezüglich der Zentralheizung stellte der Redner fest, dass die gesamte Mehrbelastung durch die zentrale Fernheizung mit Warmwasser-Leitung bei der rund 62 qm grossen Wohnung rund 10 .- Mark, bei der Kleinwohnung von 41 qm rund 5 .-Mark gegenüber der Ofenheizung betrage. Die Miete müsse so herabgesetzt werden, damit diese Mehrbelastung für den Mieter tragbar sei. Bei den Zentral-Waschküchen betrage die monatliche Mehrbelastung 1,80 Mark. Die zentrale Küche habe sich noch nicht durchzusetzen vermocht.

Ingenieur Heinrich Barlakh-Berlin sprach über die wirtschaftlichen Voraus_ setzungen der verschiedenen Heizsysteme. Der Redner schlussfolgerte aus seinen Darlegungen, dass die Beheizung der kleinen Wohnungen in Häuserblocks bis zu 100 Wohnungen durch Einzelöfen oder Stockwerksheizungen sich am günstigsten stellen, bei 200 Wohnungen seien wesentliche Unterschiede zwischen Einzelöfen, Stockwerksheizungen und Pumpenheizungen nicht mehr vorhanden. Für Grossanlagen

sei dagegen die Pumpenheizung die wirtschaftlichste Heizungsart.

۲. ¥-;

Am Sonnabend-Nachmittag besichtigte der Ausschuss die Ausstellung "Die Gebrauchswohnung" in einer dieser Tage vollendeten Siedlungs-Anlage der Stadt Karlsruhe.

Wie die von der Hugenbergpresse viel geräumte "Einigkeit und Geschlossenheit" im Reichsausschuss für das Volksbegehren aussieht, zeigen u.a. auch folgende Ausführungen des "Jungdeutschen". Das Blatt schreibt:

Inzwischen ist der Krach zwischen Stahlhelm und Nazis noch viel grösser geworden, so dass sich die Berliner Leitung des Stahlhelms gezwungen gesehen hat, den Mitgliedern des Stahlhelms den Besuch nationalsozialistischer Versammlungen zu verbieten und anzuordnen, dass Nationalsozialisten in Stahl

SPD. Der Reichsausschuss für das Volksbegehren hat am Sonnabend-Nachmittag dem Reichsinnenministerium brieflich den Zulassungsantrag für sein Volksbegehren übermittelt. Der Antrag ist unterzeichnet von Hugenberg und Seldte. Hitler, der mit Hugenberg und Seldte gemeinsam und gleichberechtigt das Präsidium des Reichsausschusses bildet, hat den Antrag nicht unterzeichnet. In eingeweihten Kreisen führt man das auf persönliche Differenzen zwischen Hitler und Hugenberg zurück.

helmversammlungen nicht mehr erscheinen dürfen. Hitler und seine Beauftragten lehnen ihrerseits jede Mitwirkung bei den Unterausschüssen des Volksbegehrens rundweg ab und beteiligen sich nicht an gemeinsamen Veranstaltungen und Kund gebungen, sondern machen ihre Propaganda für sich."

Das ganze nennt sich Einheitsfront !

SPD. Frankfurt/M., 28.Sept. (Eig.Drahtb)

<u>9</u>

Von Farben, Blumen und Liedern des Arbeiterchors begrüsst wurde am Sonnabend nachmittag der 4.sozialistische Kulturtag im Saxophonsaal der Frankfurter
Festhalle eröffnet. In den Nebenräumen zeigt der Arbeiter-Radio-Bund eine ausgezeichnete Funkausstellung, der Bund für Volksbildung hat ebenso geschickt
eine Ausstellung für Volksbildung zusammengestellt und eine Filmschau zeigt
den Weg des Films von seinen Anfängen bis zum Tonfilm.

Heinrich Schulz-Beflin begrüsst den Kongress, der von rund 220 Delegierten aus allen Teilen des Reiches gebildet wird. Die österreichischen, schweizerischen und tschechoslowakischen Bruderorganisationen haben Vertreter entsandt. Für den Vorstand der SPD gind Frau Juchacz und Crispien anwesend, für die Reick tagsfraktion Frau Bohm-Schuch. Ebenso sind alle anderen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen und deren kulturelle Nebenverbände vertreten. :: Für die preussische Staatsregierung ist Ministerialrat Goslar anwesend. Ihr Interesse an der Tagung bekunden ferner die Rundfunkintendanten und Direktoren von Berlin, München, Köln und Frankfurt. Ausserdem sieht man im Saale eine grosse Anzahl hervorragender Vertreter von Kunst und Wissenschaft. "Wenn der alte Mommsen, wie Heinrich Schulz treffend sagt, einmal erklärte, Kunst und Wissenschaft hätten sich unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet. so hat dieses Wort angesichts dieser Kulturtagung seine Berechtigung erneut. 100 bowiesen." Das und nichts anderes war es auch, was der zufällig in Frankfurt 🕮 anwesende Sozialist Vandervelde-Brüssel in seinen Begrüssungsworten anführte. Vandérvelde gab unter dem grossen Beifall des Kongresses der Freude der Internationale Ausdruck über die gewaltige, von der deutschen Sozialdemokratie ge-"leistete Kulturarbeit, die ein Vorbild und ein Muster sei für die gesamte europäische Arbeiterklasse. Die Worte von Vandervelde wurden von Henrik de Mann ins Deutsche übertragen. Auf Wunsch des Vorsitzenden sprachen zu Beginn der Tagung, nur Stadtrat Michel namens der Stadt Frankfurt und Brosswitz namens der in Frankfurter Sozialdemokratie einige Begrüssungsworte. Dann schritt der Kongress zu seiner eigentlichen Arbeit über.

Das erste Referat erstattete Heinrich Schulz-Berlin über "Film und Funk in ihrer Bedeutung für die Arbeiterschaft". Zusammengefasst erklärte der Referent, der heutige klassenbewusste und sozialistische Arbeiter zerstöre keine Maschinen mehr und begrüsse jeden Fortschritt der Technik, selbst wenn von zehn Arbeitern neun brotlos würden. Leider hätten Sozialdemokratie und Gewerkschaften: in früheren Jahren viel zu wenig von den technischen Errungenschaften Gebrauch gemacht. Das sei heute anders geworden. Film und Funk, die künstlerischen Erfindungen unserer Tage seien in ihrer Bedeutung für die Arbeiterschaft voll; erkannt. Keine technische Errungenschaft könne aber darüber hinwegtäuschen, welche gewaltige Arbeit der sozialistischen Bewegung vorbehalten bleibe. Die Sozialdemokratie hätte eine Welt zu erobern und der Menschheit zu dienen zu ihrer sozialen und kulturellen Aufwärtsentwicklung. Film und Funk sollen darin Mittel zum Zweck sein. Sie sollten zu einem Hebel des Fortschritts und der Vorwärtsentwicklung ausgebaut werden. In diesem Sinne solle die Arbeiterschafti diesen beiden technischen Neuerungen helfen und in diesem Sinne solle sie ihr helfen.

Nestriepke-Berlin behandelte die Frage über die technischen und kulturelien Möglichkeiten des Films. Er verglich ausführlich Film und Theater und gaben eine Analyse des Films und seiner kulturellen Möglichkeiten. Der Redner kommt

ľ

1

schliesslich zu dem Ergebnis, dass der Film vieles dem Theater voraus habe; dass der Film ein Kulturwerk sein könne, dass aber die Masse der heutigen Film-produktion in künstlerischer und kultureller Hinsicht wenig befriedigend sei. Die Filmproduktion strotze von Geschmacklosigkeiten und Verlogenheiten. Das Übel liege darin, dass der Film fast vollkommen der kapitalistischen Profitmacherei ausgeliefert sei. Die Bemühungen um eine Filmkultur setzten einmal die systematische Erziehung des Publikums voraus, und zweitens eine sich ihrer Aufgaben bewusste Filmkritik. Selbsthilfe sei ferner möglich durch Konsumentenorganisationen gestützt auf Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Der Staat müsse diese Selbsthilfe unterstützen. Mehr Gespindekino als Weg zur Kommunalisierung des Films sei ein weiteres Mittel zum Fortschritt. Dabei müsse zwar jede Parteieinstellung zurückgewiesen werden, aber Republik und Fortschritt als Grundlagen einer solchen Produktion genommen werden.

Über "Tonfilm und Filmmusik" referierte zunächst Leo Kestenberger in ausserordentlich gehaltvollen Ausführungen. Die Einwirkungen der Technik würden immer grosser auf die Kunstgestaltung. Diese Verbindung zwischen Kunst und Tech nik zeige am deutlichsten den ohne Musik nicht denkbaren Film und jetzt neuerdings auch der Tonfilme, deren Gefahr inbezug auf Oper und Musiker-Berufe überschätzt werde. Die Amerikaner produzierten jetzt wieder denselben Kitsch wie beim Film, aber bisher sei diesem zugute gekommen, dass in ihrer Produktion nicht dieselben Kinderkrankheiten durchzumachen waren wie beim stummen Film. Es bestehe bereits in Deutschland eine Gesellschaft für Tonfilme, die nur die kulturelle Seite der Erfindung betrachte. Diese Gesellschaft, die sich auch bereits an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gewandt habe, und ihre Entwicklung sollte man nicht ignonieren. Mit Revolutionen allein dürfe sich die sozialistische Bewegung nicht begnügen. Die Reproduktion und Aktivität der gesamten Kunstbildung sei ihre Pflicht, denn bis heute bilde der Tonfilm nur eine Karikatur des Theaters und der Oper. Es fehle den neuen Erfindungen bis jetzt der grosse Künstler und Gestalter und bis zur Entstehung solcher Werte müsste sozialistische Bildungsarbeit wie bisher geleistet werden.

Es folgte Klaus Pringsheim über das gleiche Thema. Ursprünglich, so erklärte der Redner, sei die Filmmusik aus dem Bedürfnis des Filmtheaters hervorgegangen, störende Geräusche zu übertönen und eine Übermüdung des allein in Anspruch genommenen Auges zu verhindern. Mit den Ansprüchen der Filmtheater in den grossen Städten seien allmählich die Ansprüche an die Musik gewachsen. Damit sei auch die Wichtigkeit der Musik gewachsen und man habe sie als einen bedeutsamen ästhetisch mitwirksamen Faktor des Filmganzen erkannt. So sei das heutige System der Filmillustration entstanden. Aber dieses System der wahllosen und rücksichtslosen Musik, die Stücke aus allen Ländern, Musik aller Gattungen und aller Komponisten durcheinander werfe und zu einem für das müsikalische Ohr undiskutierbaren Ganzen zusammengerührt werden, ein solches System sei widerkunstlerisch und in einem Lande, das die Musik als höchstes Volks- und Kulturgut pflegt unwürdig und unerträglich. Der einzige Weg, die Filmvorführungen mit Musik künstlerisch zu gestalten, sei Arbeit eines Komponisten, der den Film mit passender Originalmusik ausstattet. Es fehle an Organisation des gesamten Film-Musikwesens. Solange die Filmmusik nur Sache des Theaters und nicht Sache der Filmproduktion sei, werde es nicht besser werden. Eine revolutionare Wirkung auch auf dem Gebiete der Filmmusik, sei allerdings durch den Tonfilm zu erwarten. Vielleicht reife hier die Erfüllung der musik-kunstlerischen Möglichkeiten, die in diesem Jahrzehnt des Filmaufstiegs von der Filmindustrie unbegreiflich verkannt und vernachlässigt worden sei.

SPD. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt zu der Meldung der bürgerlichen Presse, dass der Konkursantrag gegen die Firma Sklarek zurückgenommen

werde, folgendes mit:

"Es wird zurzeit ein Verfahren erwogen, die Liquidierung des Vermögens der Gebrüder Sklarek ohne Konkursverfahren unter gleichmässiger Befriedigung aller Gläubiger durchzuführen. Hierzu sind bereits vorbereitende Schritte eingeleitet worden. Eine Entscheidung konnte jedoch noch nicht getroffen werden, da der vom Verwaltungsrat der Stadtbank eingesetzte Unterausschuss und der Vorstand der Stadtbank zunächst die Ergebnisse der Aufstellung des Status über das Vermögen der Gebrüder Sklarek abwarten müssen. Es sollen auch die rechtlichen Fragen einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden. Eine Zurückziehung des Konkursantrages gegen die Gebrüder Sklarek und die von ihnen betriebenen Firmen ist infolgedessen bisher nicht erfolgt. Sie käme viel mehr nur dann in Frage, wenn sich der Ausschuss des Verwaltungsrates und der Vorstand der Stadtbank endgültig für die Abwicklung der Angelegenheit ausserhalb des Konkurses entscheiden würden."

Inzwischen ist auch gegen die Direktoren Schmidt, Hoff ann und Schröder

der Berliner Stadtbank ein Verfahren eingeleitet worden.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Niederländische Gewerkschaftsbund weisen in einem Aufruf an das niederländische Volk darauf hin, dass trotz der ungeheuren Überschüsse im Staatshaushalt in der letzten Throhrede weder von der Durchführung des Arbeitsgesetzes noch von der Ratifizierung des Achtstundentags-Abkommens oder von dem Urlaub für alle Arbeitnehmer die Rede gewesen sei. Auch an eine Milderung des Steuerdruckes auf die Arbeiters sei nicht zu denken. Die Erlösung des Proletariats, die von der katholischen Staatspartei vor den Wahlen verhindert worden sei, könne nur durch die gemeinsame Arbeit der Arbeiterklasse erreicht werden. Die neue ausserparlamentarische Regierung fordere die Arbeiterklasse geradezu zum Kampf auf. Deshalb ergehe an die Arbeiter der Niederlande der Ruf, sich durch den Anschluss an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auf den Tag vorzubereiten, an dem die niederländischen Arbeiter mit vereinter Kraft das Land zur Erlösung des Proletariats führen würden.

SPD. Der Führer der deutschen Delegation für die deutschpolnischen Hangdelsvertragsverhandlungen Reichsminister a.D. Hermes hat den Reichskanzler um die Entbindung von seinem bisherigen Amt gebeten. Der Rücktritt ist in erster Linie auf Differenzen zurückzuführen, die zwischen Hermes und dem Auswärtigen Amt hinsichtlich der Taktik bei den hinter uns liegenden und noch in Aussicht genommenen Verhandlungen bestanden haben bezw. bestehen.

SPD. Athen, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

Im Nordwesten von Griechenland sind seit Sonnabend starke Schneefälle zu verzeichnen. Das ganze nordwestliche Gebiet ist von einer dicken Schneedecke überlagert. Gleichzeitig sind starke Winde zu verzeichnen, so dass ein grosser Teil der Wege für den Verkehr lahmgelegt ist. Eine ähnliche Kälteperiode im Geptember war in Griechenland seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen.

SPD. Frankfurt/M. 28.Sept, (Eig, Drahtb.)

Am Jonnabend tagte in Frankfurt a.W. der Preussische Städtetag, der im wesentlichen die gleiche Zusammensetzung zeigte wie der Deutsche Städtetag. Als einzigen Gegenstand enthielt die Tagesordnung ein Referat des Oberbürgermeisters Dr. Jarres Duisburg über "Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaftsumernehmungen"

Jarres führte aus: "Seit im Jahre 1926 der Reichsverband der Deutschen Industrie mit den anderen Unternehmerspitzenverbänden in die Offensive gegen die Gemeinde- Unternehmungen vorangegangen ist, und zwar in einer Form, dass man mit Recht von einem konzentrierten Angriff gegen die Gemeinden sprechen kann, will es nicht mehr ruhig werden. Man sucht Prügelknaben, an denen man seine verständlichen Verstimmungen über die beklagenswerte deutsche Wirtschaftslage such lässen kann und findet sie in den Gemeinden und hier wiederum vornehmlich in den Städten. So ist ein künstlich genährter Gegensatz der Wirtschaft zur Stadt konstruiert worden. Die Wirtschaft hat gesündigt. In der Zwangszusammenfassung, in der Verbandsbildung und auch in den Kartellsystemen sind von der Wirtschaft oft Wege eingeschlagen worden, welche den an sich gesunden Rationalisierungsgedanken überspannt, unnütze Arbeitslosigkeit hervorgerufen und den freien Wettbewerben in der Wirtschaft schwere Schläge versetzt haben. Der Umfang der kommunalen Eigenwirtschaft wird von den Gegnern überschätzt und andererseits wird der wirtschaftliche Nutzeffekt in der Arbeit unterschätzt.

In den beiden letzten Jahren wurden rund 91% der in den Städten neu hergestellten Wohnungen ganz oder zum grössten Teil durch die Städte finanziert. In den Jahren 1924/26 sind von den Städten mit über 50 000 Einwohnern 908 Millionen Mark an Hauszinssteuermittel und 722 Millionen Mark aus eigenen Mitteln zur Wohnungsbauförderung verwandt worden. Dazu kommen die grossen Beträge, welche in Bürgerschaftsbeträgen zum gleichen Zweck von den Städten flüssig gemacht worden sind. Im Jahre 1927/28 waren es allein bei 67 Städten 186 Millionen Mark. Angesichts dieser Leistungen müssen die Städte mit Entrüstung den geradezu treulosen Gedanken zurückweisen, ihnen nachträglich die durch Gesetz verbriefte Hauszinssteuerhypothek zu nehmen. Die Angriffe gegen die kommunale Wirtschaftsbetätigung richtet sich aber weniger gegen die Arbeit auf dem Wohlfahrtgebiet und dem Wohnungsmarkt als gegen die eigentlich gewerblichen d.h. gewinnsuchenden Betriebe der Gemeinden. Das heutige Volksvermögen abzüglich der Schulden. wird auf rund 254 Milliarden geschätzt. Das Vermögen der öffentlichen Hand beträgt etwa nur 52 Milliarden, davon sollen in der Reichsbahn 26 Milliarden, in der Reichspost stark 1 Milliarde und in den kommunalen Betrieben 5 Milliarden enthalten sein. Der sonstige öffentliche Besitz wird mit 20 Milliarden bewertet. Vermutlich ist der in den kommunalen Betrieben investierte Betrag etwas ? höher, vielleicht 8 Milliarden. So bleibt das in den kommunalen Betrieben investierte Kapital nur ein bescheidener Bruchteil im Verhältnis zum Volksvermögen und zu dem in der Privatwirtschaft arbeitenden Kapital. Die kommunalen Betriebe sind organisch geworden und gewachsen. Von den 1,5 Millionen Erwerbstätigen, welche in der öffentlichen Wirtschaft tätig sind, d.h. 1/20 aller Erwerbstätigen fallen nach hochgegriffener Schätzung etwa 300 000 auf Angestellte und Arbeiter in Gemeindebetrieben. Von den Wasserwerken waren 1927 rund 95% aller Werke kommunale. Von den 1209 deutschen Gaswerken mit einer Leistung von 3,5 Milliarden cbm befinden sich 981 mit rund 3 Williarden cbm in rein kommunaler Hand. 78 Wer ke waren gemischt wirtschaftlich und 150 Werke in privater Hand. Die Gesamtleistung der öffentlichen Hand an der elektrischen Stromerzeugung beträgt rund 9 Milliarden = 55,5% der Gesamterzeugung. In gemischt wirtschaftlichen Betrieben war die öffentliche Hand mit 3,6 Milliarden kwh beteiligt. Dadurch erhöht sich die Gesamterzeugung der öffentlichen Hand auf 12,68 Milliarden kwh = 77% der Gesamterzeugung. Von 149 Strassenbahnen sind 110 kommunale, 35 private und 4 gemischtwirtschaftlich.

Man behauptet, dass die Gemeinden im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht zentabel arbeiten. Das mag in längst verflossener Vergangenheit hier und da zich tig gewesen sein. Inzwischen haben sich die kommunalen Betriebe umgeformt. Das finanzielle Ergebnis der auf Gewinn betriebenen Unternehmungen ist durchaus erstreulich. Wenn im Jahre 1925 die Nettoüberschüsse der städtischen Betriebe im

Verhältnis zum gesamten kommunalen Zuschussbedarf nur einen Prozentsatz von 8,2 ergab, so ist im Jahre 1928 bei den Städten über 50 000 Einwohner dieser Nutzen im Durchschnitt auf 17,8 zu berechnen. Dabei haben die Städte über 200 000 Einwohner mit 19,3% am besten abgeschnitten. Im Jahre 1928 haben die Betriebe zu dem Finanzbedarf der Städte über 50 000 Einwohner 384 Millionen zugesteuert. Angesichts der finanziellen Not der Städte sind die kommunalen Betriebe ein wesentliches Rickgrat im Haushalt der Gemeinden geworden, wobei dennoch die Tarife durchweg auf der Höhe, ja teilweise unter der Höhe der Tarife der privaten und gemischtwirtschaftlichen Werke gehalten sind. Dabei müssen die Gemeinden vielmehr als die privaten und auch gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen aus sozialen und Verkehrsrücksichten Massnahmen treffen zu denen sich das Privatunternehmertum nicht entschliessen würde.

Die Besteuerung der kommunalen Betriebe ist abzulehnen. Schmerzenskinder unter den kommunalen Betrieben sind die Häfen und die Theater. Auf dem Gebiete des Theater- und Musikwesens sind die Städte nach dem Kriege, um die Kunst zu halten, vielfach anstelle des Staates und der Dynastien getreten. Der Gesamtzuschuss der Städte betrug im Jahre 1928 47,7 Millionen Mark= 49,9% der Einnahmen. An den städtischen Bühnen wurden 16 COO Personen beschäftigt, darunter 10 COO Künstler, für die eine Gage von 61,7 Millionen Mark ausgegeben wurde. Auf dem Kunstgebiet empfiehlt sich eine Gemeinschaft der Städte. 37 Städte betrieben Häfen meist in rein kommunaler Wirtschaft, während nur 6 gemischtwirtschaftlich oder verpachtet sind. Von diesen Häfen schliessen 16 kommunale Häfen und 3 gemischtwirtschaftlich betriebene Häfen mit meist ganz erheblichen Unterbilanzen ab, während nur 4 kommunale Häfen und 3 gemischtwirtschaftlich betriebene gerunge Ueberschüsse aufweisen.

Die Vorurteile gegen die kommunalen Betriebe missen beseitigt werden. Die Stadtverwaltungen sind sich bewusst, in ihrer Arbeit auf dem richtigen Wege zu sein und damit der Volksgemeinschaft zu dienen. Sie dürfen sich diese Arbeit im Bewusstsein ihrer Verantwortung nicht nehmen, nicht verkleinern und nicht verdriessen lassen. Die Städte sind ebensosehr ökonomische Organisationen wie politische Verwaltungskörper. Auf beiden Gebieten haben sie ihre Schuldigkeit getan."

Auf das mit grossem Beifall aufgenommene Referat folgte eine ausgiebige Diskussion, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten, und ihren Standpunkt darlegten. Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach Stadtrat Reuter-Berlin, der sich mit grosser Schärfe gegen die Agitation wandte, die von privatwirtschaftlicher Seite gegen die kommunale Wirtschaftsbetätigung betrieben wird. Es liege System in den Angriffen gegen die kommunale Wirtschaft, aber die Privatwirtschaft sollte besser einmal über die Zustände in ihrem eigenen Hause nachdenken, denn da wäre sehr viel zu bessern. Diese selbe Privatwirtschaft, die die Gemeinden anklage, habe den Kommunen die schwersten Lasten auferlegt. Vor dem Kriege habe auch in der Privatindustrie kein Zweifel an der Notwendigkeit kommunaler Wirtschaftsbetätigung bestanden. Wenn sich die Angriffe häufen, so schefne es, als wollten gewisse Kreise Rache für die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes in den Kommunen nehmen und gewisse Kreise der Bevölkerung bei der Bewirtschaftung der Gemeindebrtiebe ausschalten. Es bestehe bei der Privatwirtschaft die Ansicht, das amerikanische Gemeindeideal müsse uns als Vorbild gelten. Nichts spreche für diese Ansicht der Privatindustrie, aber alles dagegen Viele amerikanische unter privatwirtschaftlichen Einfluss stehenden Städte hätten sich alles andere als als Vorbild entwickelt. Die gewaltigen Leistungen, die die Kommunen auf dem Gebiete des Verkehrs und der öffentlichen Versorgung aufweisen könnten, hätte die Privatwirtschaft niemals in gleicher Weise vollfracht Jeder Versuch, das Arbeitsgebiet der Gemeinden durch gesetzgeberische Akte einzuschränken, und damit der Privatwirtschaft ein Privileg zu schaffen, müsse aufs schäffste bekämpft werden. Eine solche Privilegierung auch die Anleiheberatungsstelle dar, die den Städten ungezählte Millionen an Mehrkosten und unwirtschaftliche Massnahmen aufgezwungen habe. Aber der Kampf gegen das gemeindliche Steuer privileg sei in Wirklichkeit nicht eine Steuerfrage, sondern es sei nur ein Mit-

tel zum Zweck, die grossen Versorgungsunternehmungen der Kommunen in die Hand zu bekommen und deren Gewinnchancen selbst voll ausschöpfen zu können. Diese Unternehmungen und Gewinnchancen dürften unter keinen Umständen aus der Hand der Gemeinden genommen werden. Zum grössten Teil seien die städtischen Unternehmunge glänzend organisiert und rentabel, was auch von den Privatunternehmern zugestanden werde- In den Volksversammlungen allerdings regiere die Demagogie und dort werde alles gelegnet. Die beste Form des Kampfes gegen die Agitation privatwirtschaftlicher Kreise seinen die Leistungen, die die Gemeinden aufzuweisen hätten. Und um sie in der Oeffentlichkeit weithin sichtbar zu machen, sei eine geeignete Publizität im allergrössten Wasstabe notwendig. (Lebhafter Beifall.)

An der Debatte beteiligten sich auch noch Stadtverordneter Wilms-Düssel-

dorf, Stadtverordneter Schwenk-Berlin, Stadtverordneter von Jäcklin-Berlin, Stadtverordneter Bongartz-Düren und Dr. Goldschmidt-Frankfurt. Ministerialdirektor von Leyden vom preussischen Innenministeriun erklärt, dass die Preussische Staatsregierung entschlossen sei. allen Bestrebungen entgegenzutreten, die die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden gesetzgeberisch beschränken sollten Gerade bei den kommunalen Betrieben sei die Grenze der Gewinne sehr gezogen,da sie durch soziale Rücksichten verhindert seien, Monopole unbeschränkt auszunutzen. Missbräuchen der Kommunalwirtschaft, soweit sie vorhanden seien, müssten Instanzen der Selbstverwaltung selbst entgegentreten und durch Selbstzucht ihren gesunden Stand sichern.

Unter Annahme einer kleinen sozialdemokratischen Abänderung und unter Ablehnung aller anderen Entschliessungen wurde schliesslich folgende Resolution

angenommen:

"Die wirtschaftliche Betätigung der deutschen Gemeinden entspringt ihrem ' entwickelten Aufgaben- und Pflichtenkreis. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Volkswirtschaft geworden und kann deshalb die gleiche Bewegungsfreiheit wie die Privatwirtschaft beanspruchen. Ihre Art und ihr Umfang kann nicht gesetzlich schematischen Einschränkungen unterworfen werden. Vielmehr muss die Selbstverant wortlichkeit der einzelnen Gemeinden ohne Einschaltung der kommunalen Aufsicht sie richtiggehend bestimmen, Die Erhaltung und Fortführung der öffentlichen Unternehmungen nach rationell wirtschaftlichen Grundsätzen liegt im unmittelbaren Interesse der Allgemeinheit. Die sozialen Aufgaben der gleichmässigen Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfgütern des täglichen Lebens, wie Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrseinrichtungen usw. sowie die Bereitstellung dieser wichtigen Produktionshilfsmittel für die gesamte Wirtschaft rechtfertigen es, dass die Gemeinden wie die Privatwirtschaft den notwendigen Kapitalber darf für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen ohne einseitige Hemmungen im Inund Auslande befriedigen. Eine Ausdehnung der Steuerpflicht der gemeindlichen Unternehmungen ist abzulehnen, da sie infolge der umfassenden sozialen und finanziellen Vorbedingungen eine Schlechterstellung dieser Unternehmen bedeuten. und zu einer verstärkten Belastung der breiten sozialen Schichten und der ge-, samten Wirtschaft führen, ohne die Einnahmen des Reiches fühlbar zu erhöhen."

Am Schlusse der Tagung wurde der Vorstand des Preussischen Städtetages

in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

SPD. Paris, 28. September (Eig. Drahtb.) Das Organisationskomitee für die Bank der internationalen Reparationszalilungen wird nicht am 3. sondern am 9. Oktober in Baden-Baden zusammentreten. Nach der französischen Presse sollen zunächst drei Unterkommissionen eingesetzt werden. Die erste Kommission wird sich mit der Ausarbeitung der Statuten zu befassen haben, die zweite mit der Bestimmung des Sitzes der Bank, die dritte mit den zu emittierenden Obligationen.

į ,∉ SPD. New York, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)
Auf den Bahamainseln wurden durch einen geradezu verheerenden Sturm 20
Personen getötet und zahlreiche Häuser bezw. Landbesitzungen zerstört. Kein
Gebäude blieb ohne Schaden. Zahlreiche kleinere, in den Häfen liegende Schiffe
sind gesunken. Die Inseln waren 48 Stunden von der Aussenwelt völlig abgeschnit
ten. Florida ist durch die gleichen Stürme ernstlich bedroht.

Der Schaden wird auf viele Dollarmillionen beziffert.

SPD. Leipzig, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend gegen 4 Uhr früh wurde das alte Fabrikgebäude der Kunstdruckanstalt von Wetzel & Naumann in Leipzig durch ein Grossfeuer vollständig eingeäschert. Sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Der Schaden ist bedeutend.

Die Lieferung der Aufträge erleidet jedoch keine Verzögerung.

SPD. Brüssel, 28. Sept. (Eig.Drahtb.)

Der Leichnam des gegenrevolutionären russischen Generals Wrangel, der in
Brüssel begraben war, wurde am Sonnabend exhumiert und nach Belgrad befördert.

SPD. Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf den Reichstag wurde am Sonnabend in Berlin der völkische Freiherr von Oncken-Otto von der Kriminal-polizei verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, im Herbst 1928 einem anderen eine fertige Höllenmaschine gezeigt und dabei eine auf einen Anschlag gegen den Reichstag hindeutende verdächtige Äusserung getan zu haben.

In Luxemburg fand unter dem Vorsitz von Sassenbach eine Konferenz statt, an der Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Deutschland, Belgien, Frank-reich und Luxemburg, sowie einiger Berufszentralen teilnahmen. Der Zweck der Konferenz war, über die Zustände zu beraten, die in Luxemburg und den angrenzenden Gebieten infolge der Beschäftigung grosser Massen ausländischer Industriearbeiter aller Länder unter wesentlich verschlechterten Arbeitsbedingungen eingetreten sind. Es wurde beschlossen dem internationalen Gewerkschaftsbund die Bildung eines permanenten Ausschusses, bestehend aus je zwei Delegierten der vier beteiligten Gewerkschaftszentralen vorzuschlagen, der mindestens alle drei Monate zusammentreten soll, um namentlich die gewerkschaftliche Werbearbeit unter den eingewanderten Arbeitern in geeigneter Weise zu organisieren.

(Schluss des politischen Teils. -Auf Wiederhören Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

3

Rumänische Zecherbelustigungen.

Der Obergespan als Hundefänger.

Eine interessante Beleidigungsklage, die den Angeklagten teuer zu stehen kam, wurde in diesen Tagen vor dem Gericht der Stadt <u>Grosswardein</u> in Gross-Rumanien verhandelt. Die Vorgeschichte dieses Prozesses wirft ein grelles Schlaglicht auf die Herrenlaunen und Manieren gewisser feudaler Kreise in jenem

ehemaligen ungarischen Gebiete.

ĭ

Vor einiger Zeit hatte die "Intelligenz" von Grosswardein geruht, im städti= schen Kasino einen Herrenabend zu veranstalten. Dass gegen Mitternacht sämtli= che Teilnehmer des Festes von den schweren Ungarweinen -milde gesagt - etwas "beschwipst" waren, ist bei derartigen Veranstaltungen der kleinen Könige der rumanischen Provinz eine Selbstverständlichkeit. Der Herr Obergespan, das behördliche, geistige und gesellschaftliche Oberhaupt des Regierungsbezirks, verlieh der Festlichkeit durch sein höchst persönliches Erscheinen einen ganz besonderen Glanz. Der Gewaltige befahl im Verlauf des Abends dem Zigeuner, ein neues Lied aufzuspielen, das er vor einigen Tagen in der Hauptstadt gehört hatte. Als der arme Spielmann mit zitternder Stimme meldete, dass ihm die Neuheit noch unbekannt sei, geriet der hohe Herr in unbeschreibliche Wut. "Du elender Hund, Du", brüllte er ihn an, "ich werde Dir schon die Flötentöne beibringen!" Er liess den städ= tischen-Hundefänger herbeiholen und befahl ihm, seine Drahtschlinge dem "verdammten Hund von Zigeuner" um den Hals zu werfen.

Zur allgemeinen Veberraschung weigerte sich der Hundefänger ganz entschie= den, die unmenschliche Tat auszuführen. Er wurde an Ort und Stelle mit Dienst= entlassung bestraft. Der geistige Vater des edlen Gedankens ging dann persönlich an die Arbeit. Nach langen Bemühungen war ihm endlich der "Fang" gelungen. Während die Herren eine neue Lage bestellten, befreite das Personal den ohnmäch=

tig gewordenen Zigeunerprimas aus der Schlinge.

Der Zigeuner verklagte nun den Obergespan wegen schwerer Beleidigung und erklärte bei der Gerichtsverhandlung, dass er fest entschlossen sei, den Prozess gegebenenfalls durch alle Instanzen zu führen, bis er Genugtuung und eine Ent= schädigung für die erlittenen Verletzungen erhalten habe. Der Angeklagte bot thin das Funffache seiner Forderung an wenn er nur auf die Abbitte verzichte. Der Primas lehnte jedoch dieses Angebot ab und beharrte auf seine Forderung. Daraufhin ging der Obergespan mit ausgestreckter Hand auf den Zigeuner zu und bat ihn freiwillig mit folgenden Worten um Entschuldigung: "Ich bedaure herz= lich, was ich getan habe. Ich konnte aber nicht wissen, dass es auch unter den Zigeunern Gentlemen gibt!" Dann griff er in seine Brieftasche und überreichte dem freudig überraschten Musikanten das "Fünffache".

Böse Zungen erzählen, dass die Zigeunerschaft der Gegend beschlossen habe, sich für diesen Preis in Zukunft stets gern "als Hund" behandeln zu lassen...

Riesige Heuschreckenschäden in Bulgarien. Die Heuschreckenplage hat in Bulgarien einen verheerenden Umfang angenommen. In zahlreichen nördlichen Kreisen des Landes sind sämtliche Felder kahl gefressen worden. Ungeheure Schäden haben die Wein- und Tabakkulturen erlitten. Aus verschiedenen Gegenden des Rosenthales wird ebenfalls das Auftreten grosser Heuschreckenschwärme gemeldet, die alle Blätter der Rosenstöcke vernichten und vielfach sogar die Rinde der jungen Stämme anknabbern. ğ j=

Mit dem Motorrad die Treppe hinunter. Am Sonnabend vormittag ereignete sich in Charlottenburg ein eigenartiger Motorradunfall. Als der Lehrer Fritz Grigat auf seinem Motorrad mit Beiwagen den Kaiserdamm entlang fuhr, musste er plötzlich vor einem anderen Fahrzeug scharf ausbiegen. Das Rad sauste direkt auf den östlichen Eingang des Untergrundbahnhofs Kaiserdamm zu und fuhr in voller Fahrt die Treppe hinunter. Erst an der Sperre konnte das Motorrad angebalten werden. Verletzt wurde bei diesem eigenartigen Unfall niemand.

Brand in einem Krankenhaus. Durch eine Feuersbrunst wurde das Hospital in der englischen Stadt Aberdare zerstört. Bei den Löscharbeiten erlitten zwei Feuerwehrleute tödliche Brandwunden; ein Dritter wurde schwer verletzt. Die 80 Patienten des Krankenhauses konnten gerettet werden. Die Ursache des Brandes dürfte in einem Kurzschluss der elektrischen Leitung zu suchen sein.

Bergwerksunglück in Amerika. In einem Kohlenbergwerk bei Fort Smith in Arkungs ereignete sich eine Schlagwetterexplosion. Sieben Mann der Belegschaft waren sofort tot.

Mord in der Schule. In dem Dorfe Auerbach (Oberpfalz) feuerte am Sonnaben vormittag der Hilfslehrer Joseph Bauer im Schulzimmer der zweiten Mädchenklüsse auf die Hilfslehrerin Marie Vetterl nach kurzem Wortwechsel mehrere Revolverschüsse ab. Eine Kugel drang der Lehrerin in den Kopf. Hierauf schoss Bauer sich in die Schläfe. Die Lehrerin erlag nach 20 Minuten ihrer Verletzung. Bauer wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Ursasche der Tat ist nicht bekannt.

Flugzeugunglück in Amerika. In Blenheim (Ontario) geriet ein Flugzeug; dessen Führer die Gewalt über die Maschine verloren hatte, in eine Menschenmenge die ein Baseball-Spiel beobachtete. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

<u>Drei Frauen verbrannt.</u> In der Nähe des Ortes <u>Boroughbridge</u> in der eng<u>fi</u>= schen Grafschaft <u>Yorkshire</u> verbrannten bei einer Autoexplosion drei Frauen. Zwei Frauen erlitten schwere Brandwunden und mussten ins Hospital eingeliefert were den.

Flucht aus der Fremdenlegion. An Bord des deutschen Dampfers "Jersbek" sind in der englischen Hafenstadt <u>Liverpool</u> vier Deserteure der französischen Fremdenlegion aus <u>Tunis</u> eingetroffen, darunter zwei Deutsche. Die Flüchtlinge werden an Bord des Dampfers "Henry <u>Lütgens</u>" nach <u>Hamburg</u> befördert werden.

Schlimmer als ein Raubtier. In der kleinen Stadt Adabasar in Nordwestanatolien hat ein Tscherkesse, der Git langen Jahren einen Streit um ein Waldge
biet mit dem staatlichen Förster ubhi hatte, einen furchtbaren Racheakt begangen. Während einer Abwesenheit des Försters drang er in dessen Haus ein und
schlachtete dort Subhis kleine Tochter in bestialischer Weise buchstäblich abgen nordstreute er die Leichenteile im Hause, begoss alles mit Petroleum, legter Feuer an und verschwand. Nachbarn retteten das Haus vor völliger Vernichtung und fanden bei der Löscharbeit Teile der Leiche des kleinen Mädchens. Eine Abeteilung Gendarmerie hat den Mörder nach tagelanger Jagd in den Wäldern gefasst und verhaftet.



Die Bankangestellten in der Abwehr!

SPD. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten schreibt uns: Durch die Fusion Deutsche Bank - Diskonto-Gesellschaft ist eine Lage geschaffen worden, die für die betroffene Angestelltenschaft geradezu unerträglich wird. Jeder Angestellte fühlt sich von dem angekündigten Abbau bedroht, da niemand weiss, wen dieses harte Schicksal treffen wird. Gerade in den Kreisen der <u>älterer verheirateten Angestellten</u> herrscht angesichts der ungünstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und der Unmöglichkeit, anderswo unterzukommen, allgemeine Depression und grosse Verbitterung.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat inzwischen die Intervention des Reichsarbeitsministeriums angerufen. Dort dürften im Laufe der Woche bereits Verhandlungen stattfinden. Ausserdem werden die Betriebsräte der Berliner Zentralen beider Institute unter Zuziehung der Organisationsvertreter die Lage beraten. Alsdann finden Betriebsversammlungen der beiden Institute statt, in denen die Angestelltenschaft selbst zu den für sie durch die Fusion brennend gewordenen Fragen Stellung nehmen soll. Weitere gemeinsame Kundgebun-

gen der gesamten Bankangestelltenschaft sind zu erwarten.

Unter allen Umständen muss verhütet werden, dass auf dem Rücken der Bankangestelltenschaft allein neue hemmungslose Abbauexperimente gemacht werden, nachdem der Abbau nach Ansicht des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten bereits viel zu weit vorgetrieben worden ist. Abbau auf der einen und Ueberarbeit auf der anderen Seite sind Dinge, die sich gegenseitig nicht verträgen. Bevor am Angestelltenkörper der Banken weitere Abbauexperimente unternommen werden dürfen, muss zuvor der Leitungsapparat der Banken auf das im Interesse der Wirtschaftlichkeit unbedingt gebotene Mass zurückgeführt werden!

SPD. Im Bergbau Seegraben der oesterreichischen Alpinen-Montangesell=
schaft bei Loeben haben Betriebsratswahlen stattgefunden, die gewissermassen
als Kraftprobe zwischen den freien Gewerkschaften und den Heimwehrorganisationer
anzusprechen sind. Bei der letzten Betriebsrätewahl eroberten die freien Gewerkschaften zu den 6 Mandaten, die bereits in ihrem Besitz waren, noch ein weiteres
Mandat. Die Verwaltung glaubte nun die Zeit für gekommen, gegen die freien Ge=
werkschaften vorzugehen. Sie erzwang durch Unterschriftensammlung neue Wahlen.
Bei diesen Wahlen steigerte der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband sei=
ne Stimmenzahl von 630 auf 674. Statt 7 Mandate erhielt er jetzt 8 Mandate.Die
Stimmenzahl der Unabhängigen, hinter denen die Heimwehrorganisation steckt, er=
höhte sich nur von 514 auf 534 Stimmen. Es verbleibt damit bei ihren 6 Mandaten.
Zwischen den beiden Wahlen liegen knapp 3 Monate. Sie zeigen deutlich, wie

Zwischen den beiden Wahlen liegen knapp 3 Monate. Sie Zeigen deutlich, wie die Arbeiterschaft in Oesterreich denkt. Die Kommunisten erhielten, nebenbei bemerkt bei der letzten Wahl nur 71 Stimmen und kein Mandat, während sie bei der vorletzten Wahl, also 3 Monate früher, 146 Stimmen und ein Mandat buchen konneten. Das günstige Ergebnis für die freien Gewerkschaften trat ein, obwohl 289 entlassene Bergleute bereits vor der Wahl nach Holland ausgewandert sind Diese Auswahderer waren durchweg Anhänger der freien Gewerkschaften.

Bei der ganzen Angelegenheit interessiert auch, wie die Verwaltung der Alpinen-Montangesellschaft die für die Neuwahl erforderlichen Unterschriften

zusammenbekommen hat. Bei der Unterschriftensammlung, die einer öffentlichen Abstimmung glich, haben 846 Arbeiter für die Neuwahl des Betriebsrats, also für die Parole der Heimwehrgewerkschaften gestimmt. Bei der geheimen Wahl entfielen aber auf die Heimarbeiter nur 534 Stimmen. Mindestens 300 Arbeiter haben also bei der Unterschriftensammlung gegen ihre Ueberzeugung handeln müssen. Die Alpine-Montangesellschaft hält also ihre Arbeiterschaft unter gewissem Zwang. Das wird dem Renommee dieses Unternehmens, das auf internationale Beachtung Ansprüch erhebt, sicherlich nicht dienen. Ausserdem zeigt der Vorfall im Bergbau Seegrabe; wie die faschistischen Gewerkschaften in Oesterreich vom Unternehmertum aufgepäppelt werden.

In Brüssel fand eine Vorstandssitzung des Internationalen Berufs-SPD. sekretariats für Handels= und Büroangestellte statt. Den Vorsitz führte Urban-Deutschland. Bei der Besprechung des Tätigkeitsberichtes, der einstimmig angenommen wurde, wiesen mehrere Redner mit Befriedigung auf die Einsetzung eines beratenden Ausschusses für die Büroangestellten beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hin. Das sei ein starker Erfolg der Büroangestellinternationale, die kräftig für diese Reform eingetreten sei. Eine ausführliche Aussprache fand über das Arbeitsprogramm des beratenden Ausschusses statt. Es wurden dann mehrere Entschliessungen zur Unterstützung der Berufsförderung der Versicherungsangestellten und zum Schutz der Interessen der Erfinder, die in einem Unternehmen arbeiten, angenommen. Beschlossen wurde weiter, vier Sonderkonferenzen und zwar für die Ängestellten im Versicherungswesen, die Handlungsreisenden, die Ange= stellten des Kleinhandels und die Techniker einzuberufen. Die Konferenz nahm zur Kenntnis, dass der <u>südslavische Angestelltenverband</u> mit 2000 Mitgliedern sich der Internationale angeschlossen hat. Ihr gehören jetzt 46 Verbände in 20-Ländern mit insgesamt 800 ooo Mitgliedern an. Eine längere Aussprache fand über die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Sozialversicherungsgesetzgebung für Angestellte in den verschiedenen Ländern statt.

Die nächste Vorstandssitzung soll in Düsseldorf abgehalten werden.

SPD. Im Lohnkonflikt des <u>Berliner Hotel= und Gastwirtssewerbe</u> fällte am Sonnabend der Schlichtungsausschuss einen Spruch, wonach die Garantielöhne der Kellner je nach den verschiedenen Gruppierungen um 20 bis 24 Mark monatlich er= höht werden. Das bedeutet eine prozentuale Aufbesserung von 10 - 14 %. Für die übrigen Arbeitnehmergruppen (Küchen-"Buffetpersonal, Hilfsarbeiter usw.) sieht der Schiedsspruch eine Erhöhung von 1 - 3,15 Mark für die Woche vor. Für den Spruch konnte eine Einstimmigkeit im Schlichtungsausschuss nicht erzielt werden.

j:

SPD. Die von der Stadt New York zur Zeit durchgeführten Vernehmungen über die in der Tiefbauindustrie gezahlten Löhne haben die Tatsache ergeben, dass verschiedene Privatfirmen ihren Verschalungsarbeitern bei einer fünftägigen Arbeitswoche Stundenlöhne von 1,50 Dollar (über 6 Mark) zahlen. Die bei den städtischen Bauten beschäftigten Firmen sind verpflichtet, ihren Leuten den in den Verträgen festgelegten Stundenlohn von 1 Dollar zu zahlen, haben aber sehr häufig die Arbeiter mit 80 cents abgespeist. Es ist wahrscheinlich, dass die städtischer Behörden nach Abschluss der Untersuchung diese Firmen zwingen werden, diese lohndrückerische Praxis aufzugeben und ihre Arbeiter für die verlorene Zeit zu enteschädigen.



Verlängerung des Eisenkartells.

(Die Frage der Werkaufsverbände bis zum nächsten Jahr vertagt.)

gemeinschaft getagt, die sich mit der Verlängerung des Westeuropäischen Einenkartells zu beschäftigen hatte. Man begnügte sich damit, das Kartell vorläufig
bis Ende März 1930 zu verlängern. Der von deutscher Seite geäusserten Forderung
nach einer Erhöhung der Beteiligung an der Gesamtquote um 5% wurde nicht entsprochen; jedoch gestand man Deutschland eine Ermässigung der bisherigen Strafsäzte, die, je nach der Ueberschreitungsmenge, 1 bis 4 Dollar betrugen, auf 1/4
zu. Damit sind die Debatten über den Fortbestand des internationalen Eisenkertells bis zum Frühjahr nächsten Jahres vertagt, Bis dahin gedenken die deutschen
Teilnehmer wohl die Verlängerung der binnendeutschen Eisenverbände unter Dach
und Fach zu bringen, womit sich zweifellos für ihre Forderung nach einer wuotenerhöhung eine stärkere Position ergibt. Wahnscheinlich wird man auch Gelegenheit
nehmen, die Frage der Bildung von internationalen Verkaufsverbänden in der Eisenindustrie aufzurollen, für die sich die Partner Deutschlands in Wien anscheinend nicht erwärmen konnten.

Die deutsche Eisenindustrie hatte in Wien unter keinen Umständen Grund und Urs he, das internationale Eisenkartell zu zerschlagen. Dank der inländischen Kartellierung, der Gebietsschutzebreden und der Kontingentsabkommen mit den hauptsächlichen Eisenkonkurrenzländern nimmt sie heute eine nahezu uneingeschrän te Monopolstellung auf dem Inlandsmarkt ein. Dadurch ist sie in die Lage gekommen, die inländischen Eisenpreise weit "ber den internationalen Preisstand hinaus zu steigern. Auf solcher Vorteile verzichtet man nicht leicht. Also be-

quemte man sich schon, in dien einige Pflöcke zurückzustecken.

Allerdings ist die Unzufriedenheit in der deutschen Eisenindustrie mit der in der Internationalen Roustahlgemeinschaft getroffenen Regelung nicht so ganz unbegründet. So ist das ursprüngliche Ziel des Eisenpakts, die Weltmarktpreise zu heben nicht im gewünschten Masse erreicht worden. Man hat wohl durch das internationale Eisenkartell den Export bezw. die Produktion unter Druck gestellt, kann aber nicht verhindern, dass durch die dem Kartell angeschlossenen Länder auf dem Weltmarkt unter Preis verkauft wird. Das internationale Eisenkartell stellt eben den Verkauf noch nicht unter Kontrolle. Dazu müsste man Verkaufsverbände schaffen. Auf dieses Ziel steuern nun die Deutschen hin. Sie können sich darauf berufen, dass die seit einiger Zeit eingetretene Besserung der Hauptausfuhrerlöse nicht der Arbeit der Rohstahlgemeinschaft, sondern der erhöhten Eisennachfrage auf den Weltmärkten zu verdanken ist. Diese Nachfrage kann die dautsche Eisenindustrie nicht richtig ausnutzen. Sie hat ihren Gebietsschutz die Möglichkeit, die Eisenpreise in Deutschland beliebig zu verteuern, mit einer verhältnismässig ungünstigen Beteiligungsquote erkauft. Die Ueberschreitung ihrer Quote bezählte die deutsche Eisenindustrie, trotz mehrfacher Herabsetzung der Strafsätze, bis zum Ruhrkonflikt immerhin mit 34 Millionen Mark. Zur Zeit beträgt die deutsche Monatsquote 1 160 000 Tonnen Rohstahl gegenüber einer durch schnittlichen Monatsproduktion von 1 450 000 Tonnen. Selbst wenn man in Wiender deutschen Forderung nach einer Erhöhung der Beteiligung um 5% zugestimmt hätte, w re die deutsche straffreie Quote noch immer um ca. 10% hinter dem jetzigen Pro duktionsstand zurückgeblieben. In dien hat man es aber vorgezogen, die Strafsätze weiter zu reduzieren. An dem Quotenverhältnis hat man nichts geändert.

Die deutsche Forderung nach Bildung von Verkaufsverbänden in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft beruht auf dem immer mehr in Erscheinung treten den Missverhältnis zwischen Kapazität und effektiver Ausnutzungsmöglichkeit der schwerindustriellen Anlagen. Nun wird die zukünftige Entwicklung der Eisennachfrage in der Welt im allgemeinen optimistisch beurteilt. Man hofft, sofern die Erzeugungsdrosselung durch den internationalen Eisenpakt funktioniert und eine übermässige Produktionsausdehnung verhindert wird, dass sich Absatzmöglichkeit und Kapazität allmählich ausgleichen. Weniger günstig betrachten aber die Deutschen die Entwicklung der Weltmarktpreise. Hier liegt der Schlüssel für ihre Forderung nach der Bildung von Verkaufsverbänden. Die westlichen Eisenländer finden nämlich schon bei dem jetzigen Preistand ihr gutes Auskommen; sie haben deshalb auch geringeres Interesse an internationalen Verkaufsverbänden. Dagegen hängt von den Verkaufsverbänden die Binnenpreispolitik der Deutschen ab. Schliesslich müssen sie ja durch Inlandspreise den Eisenexport zum Teil finanzie ren. Die Inlandspreise sind aber heute bereits so überteuert, dass eine Erhöhung der Weltmarktpreise notwendig geworden ist.

3PD. Die <u>Mühle Rüningen</u> gibt in ihrer Bilanz für 1928/29 den Rohgewinn mit 1,59 Millionen Mark an gegenüber 1,56 Millionen im Vorjahr. Die Abschreibungen sind mit 180 000 Mark unverändert geblieben. Dagegen haben sich die Generalunkosten um 60 000 auf 760 000 Mark gesteigert. Der Reingewinn erscheint mit 376 000 Mark unverändert. Daraus wird, wie im Vorjahr, eine Dividende von 10% gezahlt.

SPD. Nach Berechnungen des amerikanischen Handelsdepartments betrug der amerikanische Zigarettenverbrauch in vergangenen Jahr pro Kopf der Bevölkerung 856 Stück. Der amerikanische Raucher wird nur durch den Kubaner übertroffen, dessen jährlicher Durchschnittsverbrauch 1 432 Zigaretten auchmacht.

SPD. Der Versicherungskonzern <u>Vaterländische Rhenania</u> beschloss am Sonnabend; das Fusionangebot der Nordstern Allgemeinen Versicherungs A.G. in Berlinanzunehmen.

named the contract of the cont

SPD. Die Aussenhandelsbilanz für den August weist mit einer Einfuhr von 516 (im Vormonat 995) und einer Ausfuhr von 759 (im Vormonat 303) Motorrädern einen Ausfuhrüberschuss auf. Auch das Gesamtergebnis der ersten acht Monate des laufenden Jahres mit einem Einfuhrüberschuss von nur noch 807 Motorrädern gegnüber 3 831 in der gleichen Zeit des Vorjahres deutet auf eine allmähliche Aktivierung dieses Teiles der Aussenhandelsbilanz hin, zumal die ständig wachsende deutsche Produktion einen erheblichen Teil des Inlandsmarktes zurückgewinsen konnte. Die Stärke der deutschen Produktion beruht auf einem Kleinkraftrad (200 ccm). England exportiert in der Hauptsache Räder mittlerer Stärke (350 ccm) und Amerika ausgesprochen schwere Maschinen, ein Typ, dessen Stellung auf dem europäischen Markt durch die starke Konkurrenz des Kleinautos zurückgedrängt zu werden droht.

مارها الداما مراد البرويون فالا في كار الراح الداما في ما يولون

Kleines Geschäft.

(Getreidebörse vom 28. September)

SPD. Das Geschäft an der Berliner Produktenbörse hielt sich zum Wochenendschluss in engen Grenzen, da die niedrigen Notierungen aus Uebersee und von der Liverpooler Börse keinerlei Anregung boten. Das Angebot in prompter Ware war wei ter klein. Die Preise zeigten nur geringe Veränderungen. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte setzte Weizen etwa eine, Roggen etwa zwei Mark niedriger ein. Besonders September-Roggen war gedrückt. Auch am Lehlmarkt zeigten sich keine grossen Preisveränderungen. Es wurde nur der dringendste Bedarf eingedeckt. Hafer war im Preis etwas gehalten. In Gerste fanden keine grossen Umsätze statt.

27. September 28. September. (ab märkische Station in Mark) 223 - 225 223 - 225 Weizen 180 - 1822 180 **-** 182\$ Roggen 200 - 220 200 - 220 Braugerste 170 - 186 170 - 186 Futter- und Industriegerste 166 - 176 207 - 208 166 - 176 207 - 208 loco Mais Berlin 28,25 - 33,75 28,25 - 33,75 Weizenmehl 24,75 - 27,50 24,75 - 27,50 Roggenmehl. hkleie 11,60 - 12,25 11,60 - 12,25 hkleie 10,80 - 11,25 10,80 - 11,25 Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 2402-238 (Vortag Weieznkleie Roggenkleie

241), Oktober 240 (240), Dezember 252-251½ (253). Roggen September 191 (193), Oktober 192-192½ (193½), Dezember 206 (207½). Hafer September 176 (-), Oktober 178½ (178½), Dezember 192½-193 (192½).

÷.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 28. September: I. 193 Mark, II. 176 Mark, III. 160 Mark, je Zentner. Tendenz fest.

SPD. Nach der Umsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für den Monat August ging der Umsatz je Mitglied gegenüber dem Vormonat um 0,22 Mark, also von 9 Mark auf 8,78 Mark zurück.

SPD. Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen zwischen den grossen Strickwarenfabriken der Alrowa-Gruppe in Chemnitz und der Firma Bernhard Altmana Wien über den Abschluss einer weitgehenden Interessengemeinschaft. Diese Verhandlungen sind jetzt bereits so weit gediehen, dass schon in den nächsten Tagen ein diesbezügliches Uebereinkommen zu erwarten ist.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Sestim, ben 28. September 1929.

1.

Interview mit dem Weltmeister Bullerini.

SPD. Eine getippte, wenn auch unorthographische Postkarte hatte mich auf neun Ubr Morgens zum Meister bestellt. Als ich am Gartentor der Villa klingel= te, wollte mich der Diener erst die Hintertreppe hinaufführen. Er erklärte, es sei Anordnung des Meisters, dass Leute, die zu Fuss oder in einem Mietauto an= kämen, nicht auf die Vordertreppe gehörten. Mit Mühe und Not liess er sich über-reden, mich doch vornherum ins Allerheiligste zu führen.

Als ich die Treppe hinaufstieg, hörte ich eine heisere Stimme rufen: "Augu= ste, haste den dämlichen Zeitungsschmierer jeschriem, det a heite kommt? Und mit

de Maschine? Damit a denkt, ich hab'ne Sekretöse?"

Von ferne sah ich eine weibliche Gestalt über den Korridor huschen, die den Mangel an Bekleidung durch üppige Formen wieder gutzumachen suchte. "Aber jewiss doch", keifte sie in der viergestrichenen Oktave, "und die Kechin hat det Ding noch mal nach jesehn, damit ooch keene jeographischen Fehler drin sind."

Inzwischen war ich an der Schlafzimmertür des Gewaltigen angelangt und klopfte bescheiden an. "Wat fortn dämliches Luder bummert denn da an die Tiere? Sie kennt wohl nicht alleene uffmachen? Kommt Set rin, Sie dämlicher Dussel!"

Ich trat ein, stellte mich vor und wurde von Bullerini mit einem kräftigen Händedruck begrüsst. (Die Besichtigung der Röntgenplatte am nächsten Tage er gab, dass meine Mittelhandknochen sich in Einzelbestandteile von nicht nennensewerter Grösse aufgelöst hatten).

"Also, Se woll'n wissen, wer ick bin, und wie ick jeword'n bin?" fragte Bullerini nach meinen einleitenden Worten, nachdem mein Schmerzgebeul abgeklungen war. "Ick bin jeborn - warten Se mal, det is schon so lange her, ick war damals noch son kleenet Kind, ick kann mir ja nich recht besinn'n - ja richtig: ick bin jeborn in Buenos Aires."

Mit dem Dialekt? dachte ich.

"Jawoll", fuhr Bullerini fort. "In Buenos Aires bin ick jeborn, und wat mein Vater is, det war ein spanischer oder italienischer Jraf. Un meine Mutter war ine Jräfin. Halck schon jesacht, wo ick geborn bin? Ick bin in San Franzisko jeborn."

"Sie sagten doch, in Buenos Aires?" wandte ich bescheiden ein.

"Schnauze!" antwortete Bullerini und drohte mit der Hand. "Det is allens eens, det kann man ja ooch nich auseinanderhalten. Det müssen Se doch als jebiledeter Mensch wissen, det Buenos Aires und San Franzisko so nah zusammenliejen wie Hamburg und Altona!"

Im nächsten Augenblick schrillte im Nebenzimmer das Telephon. Bullerini ging hinaus. Ich stürzte auf seinen Pass, der auf dem Nachttisch lag, schlug auf und las: "Max Bullermann, Geburtsort Rixdorf bei Berlin.

Als Bullerini zurückkam, sass ich schon wieder harmlos auf meinem Stuhl. "Haben Sie besondere künstlerische oder wissenschaftliche Interessen, Herr Bullerini?" forschte ich weiter.

"Kunst, selbetverständlich. Ick hab' een Radioapparat, hochkünstlerisch, al="le Metallteile echt Silber, 800 jestempelt, und der Kasten aus Ebenholz mit El= fenbeineinlage, und ooch sonst bin ick for de Kunst. Ick bin sogar Ehrenmit= glied von een Mandolinenklub."

"Und die bildende Kunst?" wandte ich ein.

"Meinen Se Bilder und so?" fragte Bullerini. "Natürlich ooch. Een janzen Schrank ha'ck voll Akenphotos, lauter hibsche Meechen, un alle ham se nischt an. Un in meinem Salon hatck sojar die Venus von Bülow, echte Bronze mit Platinauf= lage."

"Lesen Sie viel?", wollte ich wissen:

"Frage!" entrustete sich Bullerini. "Meine Bildung is noch nich abjeschlos= sen. Man muss doch wat for's Jeistije tun. Erstens lese ick de Sportnachrichten über mir und de Konkurrenz, aber nich von Pferden und so, und dann hatck ine Menge Bücher, wo ick drin lese, Nick Carter und Lord Lister und denn ooch den Pinkerton und Sherlock Holmes, und neechstens lese ick sogar Karl May, damit ooch das Klassische zu seinem Rechte kommt, und hinterher den Untergang des Abend'= landes."

"Yon Spengler?" frage ich.
"Nee", erwiderte Bullerini, "bei den kooft ick nich. Ick bezieht meine Die-

cher alle aus de Papierhandlung um de Ecke."

"Sind Sie verheiratet?" fragte ich. "Ich hätte lieber den Mund halten sollen. Kaum war das Wort dem Gebege "mei= ner Zähne entflohen, da stürzte die bereits vorhin flüchtig gesichtete Auguste herein. Sie trug Kombination, Seidenstrümpfe mit apfelgrossen Löchern, einen Seal

mantel und hakte sich zornfunkelnden Auges beim Eintreten gerade noch das Ge-

biss ein.

"Maxe", schrie sie, "der Kerl will mir beleidijen. Wat jeht den dat an, ob wa vaheiratet sind oder nich? Willste dein schwaches Weib so beleidijen lassen?"

Im nächsten Augenblick sprang Bullerini auf und kriegte mich zu packen. Jetzt konnte ich wirklich sagen: Bei mir Spengler - der Untergang des Abendlandes. Ich drehte mich um mich selbst, das Zimmer drehte sich um mich, die Treppe, das Vestibul drehten sich um mich; ich war der Mittelpunkt eines kosmischen Drehwurmes.

Ich langte auf der Strassen ratenweise an. Nachdem meine Hauptbestandteile ins Krankenhaus gebracht worden waren, trudelten die Restbestandteile im Lauf der nächsten Tage ein. Ich hatte grosse Sorge um sie, weil sie sich so verspä= teten. Mein linkes Bein z.B. wurde erst am dritten Tage aufgegriffen, als es

planlos über den Bahnhofsplatz lief.

Die Kunst der Aerzte macht das Unmögliche möglich. Man leimte mich wieder zusammen mit Hilfe des wunderbaren Klebstoffes, dessen einfache chemische Bezeichnung lautet: Dioxydiamidokakodylmonatrium-Coffeinoarsenolbenzolacetylosalycilophenylamincaleiumchlorür. Aber die Kur war Gott sei Dank kürzer asder Name. Das eine weiss ich bestimmt: ich gehe keinen Boxer mehr interviewen. Curt Biging.

Draht verbindet die Erde.

SPD. Eine Zeitungsnotiz meldet: Im transatlantischen Fernsprechverkehr werden jetzt Verbindungen zu jeder Tages- und Nachtzeit hergestellt...

So schrumpfen Tausende Kilometer in ein Nichts zusammen. Durch Städte und Berge Flüsse und selbst Meere vibriert der mit Elektrizität gespeiste Draht, verbindet die verschiedenen Erdteile miteinander und beseitigt durch die Blitze schnelle seiner schwingenden Wellen das noch vor kurzer Zeit unüberbrückbare Hindernis der grossen Entfernung. Wenn an den Börsen spekuliert wird, die Geschäftswelt in der Unruhe der lebendigsten Verkehrszeit fiebert und ungezählte Telegramme durch die Kabel fliessen, nimmt der grosse Kaufherr irgendwo in einem Wolkenkratzer New Yorks oder auf der Reise in einem Hotel in Buenos Airès ruhig den Hörer des Telephons zur Hand und lässt sich mit seinem Geschäftsfreund in der Alten Welt verbinden: das ist der schnellste Weg; niemand soll ihm zu= rerkommen denn es handelt sich um ein Millionenobjekt. bei dem die Kosten eines

transatlantischen Ferngesprächs kaum eine Rolle spielen. Ein Dreiminutengespräch von der Fernsprechzentrale <u>Berlin</u> über deutsches Kabel direkt bis nach Buenos-Aires kostet beispielsweise etwa 125 Mark. Das ist angesichts der Entfernung von <u>zwölftausend Kilometern</u> immerhin noch ein verhältnismässig geringer Betrag.

Die Geschichte des transatlantischen Telephonverkehrs datiert seit 1915. Nordamerika versuchte zuerst auf diesem Wege mit der Alten Welt in Verbindung zu treten. Aber erst acht Jahre später konnte der zweckentsprechende Erfolg eines Ferngesprächs der amerikanischen Gesellschaft mit einem grossen Werk in der Nähe Londons verbucht werden. Dann führte die intensive Arbeit von vier weiterer Jahren dazu, dass der überseeische Fernsprechverkehr 1927 der Oeffentlichkeit

freigegeben wurde.

Deutschland hatte schon 1912 mit der Anlage des sogenannten Rheinlandkabels von Berlin über Hannover nach dem Niederrhein begonnen. Während der erste Teil im August 1914 im Betrieb war, wurde infolge des Weltkrieges die Weiterführung nach dem Rheinland bis 1921 verzögert. Eine Erfindung nach der andern för= derte den technischen Fortschritt. Fernsprechverstärker ermöglichten es, auf sehr grosse Entfernungen in den Fernkabeln dünne Kupferleiter zu benutzen. Dadurch wurden die Baukosten beträchtlich gemindert, So verfügt das Rheinlandkabel noch über 3 mm starken Draht, doch sind bei den weiteren Fernkabeln bereits Leiterstärken von 1,4 mm und 0,9 mm zur Anwendung gekommen, bei denen die größsere Dämpfung durch Verstärker entsprechend ausgeglichen wird. Reichweiten von 3000 km und mehr ermöglichen es, in Europa alle Sprechbeziehungen durch Kabel= verbindungen sicherzustellen. Die Fernkabeln laufen von Berlin strablenförmig nach allen Himmelsrichtungen, wobei der Westen wegen seines grösseren Verkehrs bevorzugt ist. Soweit die Fremdstaaten ihr Kabelnetz fertiggestellt haben -so in England, Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien, Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei - ist die direkte Verbindung mit Berlin ausführbar. Der Drahtweg führt auch über Berlin, wenn die umliegenden Länder miteinander in den Fernsprechverkehr treten wollen. Heute beträgt die Gesamtlänge der euopäischen Fernkabellinien schon mindestens 24 000 km.

Das neue Berliner Fernamt, eins der grössten der Welt, dessen monumentale Front eines modern sachlichen Backsteinbaus seine praktische Inneneinrichtung verrät, konnte im Anfang dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Im Mittelstück des Kreuzbaus mit seinen zehn Stockwerken empfängt den Besucher die lichtgee dämpfte grosse Halle, die das zweite und dritte Geschoss, einnimmt, während die übrigen Geschosse einen offenen Lichtschacht bilden. Der "Paternoster" führt nach oben zu den auf den Kreuzbauflügeln befindlichen Dachgärten, die der Erhoelung der Angestellten dienen und einen geradezu grandiosen Fernblick über das gewaltige Stadtbild Berlins gewähren. Hinter der überwältigenden Materie der technischen Einrichtungen, angefangen vom Kabeltunnel und Kabelaufteilungskeller bis zu den in den höheren Stockwerken gelegenen Fernbetriebssälen, tritt die Arbeit des mit dem gross angelegten Betriebe verbundenen Menschen zunächst in den Hintergrund, um dann aber um so lebendiger wirksam zu werden und eindeutig klar erkennen zu lassen, wie viel Kenntnisse, Aufmerksamkeit und Anspannungse vermögen erforderlich sind, um den täglich neu gestellten Bedingungen an Fähige keit und Kraftaufwand gerecht zu werden.

Ehe ein Ferngespräch zustande kommt, geht erst die notierte Angabe des Teilenehmers durch mehrere Hände. Der Vorgang spielt sich etwa so ab: Ein Teilnehmer beispielsweise vom Berliner Fernsprechamt Steinplatz wünscht eine Fernverbindung. Das Amt Steinplatz verbindet ihn mit dem Fernamt. In der Tischplatte einer Beamtin flammt ein Lämpchen auf. Sie notiert Nummer und Amt des Teilnehmers und die gewünschte Verbindung nach Amsterdam auf einen Zettel. Den Zettel schiebt sie in den Spalt der Bandpost vor ihrem Platz, wo er durch Druckluft andie Hauptverteilerstelle befördert wird. Die hier beschäftigte Beamtin sendet nun den Zettel vermittels Zettelrohrpost an den für diese Verbindung in Betracht kommenden Platz des Fernsaals, wo jede Fernverbindung genau in der Reihenfolge

der einlaufenden Zettelzeiten hergestellt wird.